



Transaktionssteuer soll Transaktionen steuern – kann das gehen?

Von Wolfgang Kownatka

12.01.2012 Von Transaktion wird dann in der Informatik gesprochen, wenn es sich um „eine Folge von Operationen, die nur komplett oder gar nicht durchgeführt wird“ handelt. Auf die Handels- und Finanzmärkte übertragen wäre eine Transaktionssteuer demnach eine Maßnahme, die nur dann Sinn machte, wenn sie komplett - in allen Staaten - oder gar nicht eingeführt würde.

Soweit zur Definition des Begriffs Transaktion.

Um die sogenannte „Finanztransaktionssteuer“ tobt ein heftiger politischer Kampf – nicht erst seit heute, der inzwischen Fahrt aufgenommen hat. Die FDP in ihrer Rolle als Koalitionspartner hat bereits in einer Erklärung deutlich gemacht, dass eine Unterstützung der Liberalen im Deutschen Bundestag nicht in Frage kommt.

Nach dem deutsch-französischen „Krisentreffen“ am 9. Januar zwischen dem französischen Staatspräsidenten und der deutschen Kanzlerin erklärten beide, dass sie die Steuer einführen wollen. Auch gegen den Willen der Nicht-Willigen und gegebenenfalls auch nicht mit allen Staaten der Eurozone.

Soweit der aktuelle Sachstand.

Jetzt stellen sich zunächst einmal die Fragen: Werden sich Frankreich und Deutschland an die Spitze des ungeliebten Zuges „Finanztransaktionssteuer“ setzen, komme was da wolle? Wird die FDP bei ihrer Ablehnung bleiben und damit der CDU/CSU, respektive der Kanzlerin und Teilen der Opposition, die „rote Karte“ zeigen – auch komme was da wolle?

Aber auch Fragen stellen sich nach dem Sinn und Zweck oder gar dem Unsinn einer derartigen Steuer vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Eurokrise.

Es darf mit Fug und Recht bezweifelt werden, dass sich der Finanzmarkt so sehr fürchtet, dass er den Handel mit Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen in „geordnetere“ Bahnen lenkt, um sie, die Steuer, zu vermeiden oder dass die Steuer, wenn sie dann ab 2014 eingeführt wird, ihrerseits für Ordnung auf den Finanzmärkten sorgt. Eher ist damit zu rechnen, dass das bestehende Chaos an den Finanzmärkten, an denen die fehlende Finanztransaktionssteuer wahrlich nicht schuld ist, noch größer wird. Geld, das angelegt werden will – und selbst zu rein spekulativen Zwecken – sucht sich und findet immer wieder Wege „aus der Gefahr“.

Ein Weg wäre z. B. das Abwandern der Investoren und Spekulanten an jene Finanzplätze in Europa und Übersee, wo ihre Geschäfte nicht besteuert werden. Die Folgen für den Finanzplatz Deutschland, insbesondere die Börse in Frankfurt wären drastisch. Das Geschäft würde von den Ländern weggehen, in denen die Steuer wirksam ist und die Erlöse aus der Steuer wären den politischen und

bürokratischen Aufwand nicht wert. Wir haben unsere Börsenumsatzsteuer von 0,25 % bereits 1991 zu den Akten gelegt und Schweden, das von 1984 bis 1991 eine Börsentransaktionssteuer hatte, ist den gleichen Weg gegangen. Warum wohl? Weil die entsprechend nachlassenden Geschäfte zu Lasten der Stockholmer Börse die Regierung bewogen, sich von dieser Steuer wieder zu verabschieden.

Weshalb also nicht die Finger davon lassen, weil man auch einmal aus der Erfahrung lernen kann. Solange nicht alle Staaten- weltweit - bereit sind, einer Transaktionssteuer zuzustimmen und sie auch in der Realität zu verankern, macht sie in der Tat weder für Kerneuropa, noch EU-Europa noch ganz Europa Sinn.